



Antrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitwirkung der jungen Generation fördern. Demokratie stärken.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten,

1. das jugendpolitische Programm der Landesregierung umfassend weiterzuentwickeln und dazu in einen intensiven Dialog mit jungen Menschen im Land zu treten sowie die Zusammenarbeit mit dem Landeskinder- und Jugendring zu intensivieren. Die Weiterentwicklung des jugendpolitischen Programms ist dabei auch für den Sozialzieleprozess zu nutzen.

Die Landesregierung wird gebeten im I. Quartal 2017 über den Stand der Weiterentwicklung des jugendpolitischen Programms im für Kinder und Jugend zuständigen Ausschuss zu berichten.

2. zur Unterstützung, Beratung und Begleitung der Kommunen hinsichtlich der Beteiligung von jungen Menschen ein landesweites Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung, nach der Erstellung und Beratung eines entsprechenden Konzeptes, einzurichten. Diesem Kompetenzzentrum ist auch die Aufgabe zu übertragen, einen zweijährigen Preis für vorbildliche Kinder- und Jugendbeteiligung auszuloben und zu verleihen.

Begründung

Um Generationengerechtigkeit und Demokratie in Sachsen-Anhalt zu stärken, sind die Beteiligungsmöglichkeiten der jungen Generation zu verbessern. Denn neben ihrer für gewöhnlich apostrophierten Rolle als „unsere Zukunft“ und ihre Inpflichtnahme als zukünftige Fachkräfte, sind sie zuvorderst Bürgerinnen und Bürger unserer politischen Gemeinschaft. Um entsprechend ihre Stimme zu hören und ihre Interessen zu vertreten, ist das jugendpolitische Programm weiterzuentwickeln. Denn es braucht eine klare programmatische Untersetzung für die Jugendpolitik der Landesregierung,

(Ausgegeben am 25.08.2016)

damit diese als eigenständiges Politikfeld Kontur gewinnt und damit die spezifischen Interessen- und Bedarfslagen der Jugendlichen politisch berücksichtigt werden können. Um diesen im Koalitionsvertrag von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verabredeten Prozess frühzeitig in Gang zu bringen, wird für das I. Quartal 2017 ein entsprechender Bericht der Landesregierung im zuständigen Fachausschuss erbeten.

Gleichzeitig sollen die Kommunen bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen konkret unterstützt werden. Damit Kommunen die vielfältigen methodischen Ansätze zur Partizipation besser nutzen und anwenden können, ist ein landesweit agierendes Kompetenzzentrum für Kinder- und Jugendbeteiligung zu gründen. An diese Stelle können sich Kommunen wenden, um im Rahmen von kommunalen Vorhaben Beteiligungsverfahren zu entwickeln und zu begleiten. Gleichzeitig kann diese Stelle die Vernetzung von Kommunen befördern, die sich auf den Weg gemacht haben, die junge Generation nachhaltig einzubeziehen. Auch soll diese Stelle den Preis für vorbildliche Kinder- und Jugendbeteiligung ausloben und verleihen.

Die Regierungsfractionen unterstreichen die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung, das Kompetenzzentrum einzurichten.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN